

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. — Für Postbezug, Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 12. Januar 1918

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verammlungs-, Vergütungsanfrage usw. 15 Pfennig die Zeile; Säule, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 5

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Kritik: Gegen Papiernot und Papierwucher! (Schluß.)
Wohnungsfragen: Wohnungsnot und hinderreiche Familien. — Krieg, Kranke und Wohnungsreform.
Volkswirtschaft: Die Bedung der deutschen Währung.
Korrespondenzen: Hamburg. — Köln. — Elbe.
Bauwirtschaft: Von Buchdruckern im Kriege. — Nachahmungen wertvolle Beispiele. — Buchdrucker im Gerichtsdiens. — Spargang zugunsten des Arbeitnehmers. — Mißbrauch mit Lebensmittelmarken. — 25jähriges Bestehen des Verbandes der Maschinen- und Heizer. — Jubiläum des Steinlegerorgans. — Gewerkschaftliches Friedensprogramm. — Das veripfiste Papierhemd.

Gegen Papiernot und Papierwucher!

Am 18. April 1916 erging eine Verordnung des Stellvertreters des Reichskanzlers (Delbrück), die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914, mit dem der Reichstag sich leider in erheblichem Maße seines Einflusses auf gesetzgeberischem Gebiete begab, ein sogenanntes Rahmengesetz für die öffentliche Papierbewirtschaftung schuf. Im § 1 der Verordnung vom 18. April 1916 heißt es grundlegend:

Der Reichskanzler wird ermächtigt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um während des Krieges die Versorgung der Zeitungen, Zeitschriften und andern periodisch erscheinenden Druckschriften mit Druckpapier sicherzustellen.

Maßnahmen sind weit über das Erforderliche getroffen worden, von einer Sicherstellung mit Papier kann gar keine Rede sein. Man sah die Schwierigkeiten einer Steigerung der Papierherstellung als übertrieben groß an, ließ sich davon abschrecken, ist dafür aber mit zunehmender Rigorosität in der Verbrauchsbeschränkung vorgegangen. Eine gewisse Virtuosität darin läßt sich tatsächlich nicht bestreiten. Das liegt indes nicht auf der Ruhmesliste.

Die monatlichen Nachweisungen über den Papierverbrauch sowie die häufigen Einzelerhebungen stellen eine so ausgeklügelte Kontrollmethode dar, wie sie nur der alles erschlagende Einschränkungsanatismus erzeugen kann. Die Druckereikonitore sind — die Druckfarbe ist ja ebenfalls der kriegswirtschaftlichen Regelung verfallen — da mit einer ungeheuren Last hepackt worden. Obendrein muß für diese allenthalben voller Verzweiflung genannte Arbeit tüchtig bezahlt werden. Die Kriegswirtschaftsstelle erhebt 20 Pf. für je 100 bezogene Kilo Papier, bei Druckfarbe schwankt die Abgabe zwischen 20 bis 60 Pf. für jede Lieferung.

Wenn mit annähernd diesem Eifer und geldlichen Aufwande die Förderung der Papierproduktion betrieben werden würde, müßte doch wohl in etwas ein Ergebnis zu verzeichnen sein. Wir wissen aber nur, daß die Herstellung von Druckpapier ständig zurückgegangen ist, die Preise immer höher geworden und die Dividenden der Fabriken weiter hinauf geklettert sind, andererseits aber die Papierherzeugung für andre Zwecke trotz aller zeitlichen Schwierigkeiten zugenommen hat. Die Gründe dafür liegen tiefer, als daß es sich um eine Personenfrage hierbei handeln könnte. Der Vorstand der Zeitungsverlegerorganisation hat in seinem Organ am 5. Oktober den Direktor Reiß von der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungswesen entschieden in Schutz genommen gegen Angriffe aus Berlin. Dieser Stelle liege lediglich die Rationierung ob, mit dem Einkauf und Verkauf habe sie gar nichts zu tun; auch sei Direktor Reiß von außerordentlichem Pflichteifer besetzt. Bekanntlich hat es schon in der zweiten

Aprilhälfte 1917 wegen der Papierkrise eine Krise in der Zeitungsverlegerorganisation gegeben, indem die großen Berliner Verlage austraten, eine Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger gründeten und inzwischen diese Gegenorganisation auch über Berlin hinaus trugen. Das Auftreten der Zeitungsverlegerorganisation ist einem Teile der Verlage zu gemäsigt. Wenn man die Abwehr der ersteren Seite liest und alle amtlichen Stellen, auch den wirklich an der Papiermiserie nicht so unschuldigen Dr. Helfferich mit Anerkennung bedacht findet, dann kann man von den Behörden keine größeren Anstrengungen erwarten. Auf allen Gebieten krank die Kriegswirtschaft nicht bloß an starken natürlichen Schwierigkeiten, sondern an wachsendem Bürokratismus nicht minder. Dieser unheilvolle Zug hat auch die kaufmännisch geleiteten Kriegsgesellschaften erfasst und treibt in den mit der Papierverlangung betrauten Stellen sein tröstliches Spiel nicht minder. Die Hartnäckigkeit, mit der von den Militärbehörden der immer schlechteren Gestaltung des Wirtschaftslebens vielfach feindschaftlos zugehört wird, gibt dem Kriegswirtschaftsbürokratismus keinen Aufschub, sich dagegen von der Geltung zu bringen. Vor dem Höhepunkt und seinem ungeheuren Bedarfe sinkt alles in die Knie.

Die Papierfabriken sind gegenwärtig in der Hauptsache mit der Herstellung von andern Papierarten als für den Druck beschäftigt. Mitrierpapiere werden von der Militärverwaltung außerordentlich benötigt. Die Spinnpapiere gehen zum Teil für Heeresbedarf, zum andern für die Textilfabriken, und werden ebenfalls sehr hoch bezahlt, höher als Druckpapier. Die damit beschäftigten Papierfabriken haben die weitere Unannehmlichkeit, daß sie Kohle, Rohstoffe, Materialien und Personal gefällig bekommen, also unter den gegenwärtigen Verhältnissen geradezu ideal arbeiten können. Außerdem wird die Anfertigung von Packpapier und andern minderwertigen Papierarten auch noch lieber betrieben, weil dazu jeder Abfall benutzt werden kann. Für die Herstellung von Zeitungs- und andern Druckpapier, wobei unterschiedlich hohe Anforderungen gestellt werden und wofür trotz der fast um das Dreifache eingetretenen Verteuerung des Zeitungspapiers dieses noch die geringste Steigerung aufzuweisen hat, zeigt sich „naturgemäß“ eben weniger oder nur geringes Interesse. Die Papierfabriken haben bei solcher Produktion zudem mit allen Widrigkeiten zu kämpfen und reihen sich deshalb kein Bein aus, für das Druckgewerbe arbeiten zu dürfen. Wenn nicht doch ein gewisser öffentlicher Druck ausgelöst werden würde — nur lange nicht stark genug! —, wäre der Karren schon längst festgefahren. Einen sehr einschneidenden Punkt bildet noch die Entziehung des Holzleimstoffes, der für die Druckpapierfabrikation nur noch ganz wenig in Betracht kommt, obwohl es der wichtigste Rohstoff für die Papierherzeugung ist, jetzt aber zur Sprengstoffherstellung wie zur Anfertigung von Spinnpapier in hervorragendem Maße Verwendung findet.

Die Zeitungsverlegerorganisation ist seit langer Zeit bemüht, für die Zeitungspapierfabriken Personal freizubekommen sowie ihnen Material und Kohle zu beschaffen. Es wird namentlich dafür gefordert, daß mit Wasserkraft arbeitende Fabriken mit dem Nötigsten versehen werden. Der Bedarf an Menschekräften ist gar nicht so groß, der an Rohstoffen auch

nicht, und selbst wenn, was ja notwendig ist, die gesamte Druckpapierherzeugung herangezogen wird, könnte es immer noch ein ganz Teil besser geben, wie es bis jetzt leider der Fall ist. Mangelnde Rücksicht — um uns nicht schärfer auszudrücken — im Verein mit dem unheimlichen Bürokratismus verhindern aber Abhilfe in dem noch möglichen Maße. Die Kohle ist gewiß ein wunder Punkt, der jedoch auch nicht in dem Maß in die Erscheinung zu treten braucht, wie es bedauerlicherweise geschieht. Wie der „Zeitungsverlag“ mitteilen konnte, ist vom Reichskohlenkommissar jetzt dem Vorstände des Vereins Deutscher Zeitungsverleger die beruhigende Versicherung gemacht worden, daß trotz der herrschenden Transportkrise die Zeitungspapierfabriken feste Kohlenmengen erhalten sollen. Trifft das zu, so würde wenigstens die Gefahr der wiederholten Stilllegung von Papierfabriken infolge Kohlennot nicht mehr so bedrohlich sein; abwarten heißt es aber doch noch. Sondern, es geht ja nicht allein um Zeitungspapier, es fehlt allenthalben stark an Druckpapier. Erklärte doch der zweite Vorsitzende des Börsenvereins deutscher Buchhändler dieser Tage, daß für den Buchdruck die Papierlieferung ebenfalls hinter der Kontingentierung zurückbleibt. Mit dem Bedarf der Zeitschriften und der Fachpresse dürfte es nicht anders sein. Die Papierproduktion muß eben auf der ganzen Linie eine Steigerung erfahren! Für den Zeitungsdruck liegen bestimmte Angaben vor, daß die Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sind. Die „Mittelungen“ der neuen Zeitungsverlegerorganisation brachten Ende August aus einer Eingabe von dieser Seite an den Reichskanzler folgende Stellen:

Fragt man sich: Was ist denn überhaupt nötig, um dem Papieramt und dem Papierleser der großstädtischen Zeitungsverleger ein Ende zu machen, so ergibt sich eine genaue Prüfung, daß die gesamte großstädtische Presse — die ja, wie immer wieder betont werden muß, der kleineren und mittleren Presse auch nicht einen Bogen Papier nehmen will — im ganzen etwa eine jährliche Mehrproduktion von etwa tausend Waggons fordert. Tausend Waggons sind etwa dasjenige Quantum, das eine der ganz modernen großen Papiermaschinen von größer Breite allein resp. zwei solche älteren Datums innerhalb eines Jahres zu produzieren imstande sind. Das ist in Wahrheit der Kern der ganzen Frage: Ist es möglich, die Papierproduktion um diese geforderte Menge jährlich zu erhöhen? Jeder Papierfachmann und jeder Kenner des Papierfabrikationswesens wird diese Frage ohne weiteres bejahen.

Tausend Waggons im Jahre, das wären drei täglich zu 10000 Kilo. Wenn damit nach jener Versicherung die Hauptschwierigkeiten in der Versorgung der großstädtischen Zeitungen zu beseitigen wären, dann könnte bei Inbetriebnahme einiger weiterer großer Papiermaschinen unter Beschränkung auf nur wenige normale Papierforten und -formate gegenüber den mehr als 1000 für den Zeitschriften- und Buchdruck — augenblicklich werden die Tausend wohl nicht mehr erreicht werden — gar viel bewerkstelligt werden hinsichtlich besserer Papierverförmung für alle Zwecke. Die seit Juli v. J. bestehende sehr scharfe Kontingentierung müßte wieder aufgehoben und durch die vorher geltende ersetzt werden. Papiere mit hohem Zellulosegehalte sollte einstweilen nicht herzustellen gestattet sein. Den Papierfabriken müßte das erforderliche Personal unbedingt belassen bzw. gestellt werden. Wenn im Sulk von einer Papierfabrik, die mit allen Materialien, auch mit Kohle, versehen war, festgestellt werden konnte, daß sie eine große, sehr leistungsfähige Maschine haben lassen

musste, weil ihr genau fünf Arbeiter fehlten, dann ist ein solches Vorkommnis schier unbegreiflich. Im nachstehenden geben wir eine Übersicht der einzelnen Kontingentierungen und ihrer Wirkungen.

Die Verbrauchsherabsetzung bei dem Papier für alle Tageszeitungen (Kofation und Nachdruck) erfolgt nach Maßgabe der Quadratmeterflächen, welche festgelegt werden nach der Papierleistungengröße und der Gesamtzahl der Seiten im Jahre 1915. Diejenigen Zeitungen mit geringerem Umfange für 1915 als im Jahre 1913 erhalten einen von 4 bis 7 Proz. sich erhöhenden Zuschlag, die mit größerer Quadratmeterfläche als 1913 werden in anders festgesetzten Staffeln um 4 bis 12,5 Proz. herabgesetzt. Die allgemeine Verringerung des Papierverbrauchs richtet sich nach Grundflächen, die nach den Größenverhältnissen einer Zeitung folgendenmaßen Festsetzung fanden:

bis von	qm	20. Juni 1916	21. Dezember 1916	18. Juni 1917
200	5	5,5	6,5	11
201-250	5,5	7,5	13,5	18
251-300	6	9	15	22,5
301-350	6,5	10,5	27	30
351-400	7	12	31	36
401-500	8	13,5	37	42
501-600	9	14,5	42	44,5
601-700	10	15,5	44,5	
701-800	11	16,5		
801-950	12	18		
951-1100	13	19		
1101-1250	14	20		
1251-1400	15	21		
1401-1600	16	22,5		
über 1600	17	23,5		

Die Grundfläche vom 20. Juni 1916 galten für den Bezug von Zeitungspapier für die Zeit vom 1. Juli bis Ende 1916. Die mäßig verschärften Grundbestimmungen vom 21. Dezember 1916 sollten für die Zeit vom 1. Januar bis Ende Juni 1917 Gültigkeit haben; nach einer Bekanntmachung vom 29. Mai fand jedoch für den Juni 1917 eine besondere Einschränkung statt, nämlich 90 Proz. des dritten Teils der für das zweite Vierteljahr zugelassen gewesenen Menge. Die starke Einschränkung vom 18. Juni 1917 hat seit dem 1. Juli 1917 Geltung vorläufig bis Ende März 1918. Die Kriegswirtschaftsstelle berechnete am 1. Juli 1917 die Gesamteinschränkung im Durchschnitt aller Quadratmeterflächengrößen auf 32 Proz. Die größeren Zeitungen kommen noch über das Doppelte dieses Satzes hinaus, sie sind also die am meisten geschädigten. Der Umstand jedoch, daß die Papierbelieferung in den meisten Fällen mit der Zeit hinter der Kontingentierung zurückbleibt, macht die Einschränkung noch größer. Es wäre interessant, wenn die Berliner große Presse einmal angeben würde, um wieviel Prozent ihr Umfang unter Berücksichtigung aller Verhältnisse gegen 1915 sich tatsächlich verringert hat. Zeitungen, die viel Abonnenten mehr gewonnen haben, müssen sich noch weiter im Umfang einschränken, oder sie dürfen keine neuen Bezüge annehmen. Das letztere haben gar nicht so große Blätter denn auch schon tun müssen. Die Zustände sind also ganz unhaltbar geworden.

Sinzu kommt die enorme Reduzierung des Anzeigenfelds. Der starke Ausfall an Inseraten, wie er durch die Überflüssigkeit der Geschäftsreklame während der fortschreitenden Dauer des Krieges an sich schon entstanden ist, bildet für die gesamte Presse eine außerordentliche Einbuße. Aber ganz läßt sich das Wirtschaftsleben doch nicht nach der auf Biegen oder Brechen angelegten Methode derjenigen pressen, die außer dem unmittelbaren Heeresbedarfe keine Notwendigkeiten mehr gelten lassen wollen. Sogar die Heereslieferungen erfordern eine große Anzahl von Materialanzeigen, die allerdings zu einer Spezialität für bestimmte große Blätter geworden sind. Zu dem verbliebenen Inseratenreste reicht die zur Verfügung stehende Papiermenge entfernt nicht aus. Die amtlichen Bekanntmachungen bedingen zudem einen stattlichen Raumaufwand. Selbst die äußerste Beschränkung des textlichen Teiles — ein auf Kosten des Lesers gehender Notbehelf — vermag keinen Ausgleich mehr zu schaffen, die kompreßteste Ausföhrung der Anzeigen ebenfalls nicht. So sehen sich auch kleinere Zeitungen gezwungen, in zunehmendem Maß Anzeigen zurückzuweisen. Das Fazit davon ist nicht nur wachsende Schädigung der Verlage, sondern auch Überflüssigwerden von Arbeitskräften. Die Berliner großen Blätter

bringen dann und wann Mitteilungen über besonders umfangreiche Zurückstellungen von Inseraten. Im vorigen Artikel erwähnten wir einen solchen Rekord des „Berliner Lokalanzeigers“ mit 24 ganzen Seiten, die in einer Nummer (9. Dezember) nicht unterzubringen waren. Ende September und Anfang Oktober v. J. konnten die Berliner Zeitungen meistens nur in einem Bogen erscheinen, der Ausfall an Anzeigen war also sehr stark. Die „Berliner Zeitung am Mittag“ ist am 23. September 1917 überhaupt nicht erschienen, weil ihre Papierlieferung stockte. In Nr. 142 v. J. ist eine Aufzählung von solchen und ähnlichen Störungen vorzufinden, die das Elend der gegenwärtigen Papierverföhrung nur zu deutlich erkennen lassen. Am 26. November, einem Sonntag, erschien die „Vossische Zeitung“ nur mit acht Seiten; der „Berliner Lokalanzeiger“ mußte am nämlichen Tage 18 Seiten Inserate zurückstellen. Am 16. Dezember, dem Hauptgeschäftsonntag vor Weihnachten, sah sich der „Berliner Lokalanzeiger“ gezwungen, sogar 25 Inseratenseiten von der Aufnahme auszuscheiden zu müssen. Wenn jede Tageszeitung eine Zusammenstellung nach Seitenzahlen und Anzeigengebührenaussfall für nicht unterzubringen gewesene Inserate allein vom vierten Quartal v. J. veröffentlichen würde, es dürfte ein entsetzenderes Bild zustande kommen! Wie sehr auch die Inserenten unter diesem jammervollen Zustande leiden, kann man an einer uns gemachten Mitteilung ermessen, daß von Firmen, die auf die Anzeige zur Deckung ihres Materialbedarfs angewiesen sind, eine Bezahlung für Aufnahme ihrer Inserate angeboten wird, die zu dem Seitenpreis in gar keinem Verhältnis mehr steht. Also angefragene Wucherpreise! Das Kapitel der entsetzenden Argernisse wegen Nichtaufnahme angenommener Anzeigen ist eine unaussprechliche Zugabe der Papiernot.

Aus dem Wochenbericht über die Vereinskäuflichkeit der Zeitungsverlegerorganisation war jüngst eine nette Anregung bei dem Reichswirtschaftsamt und der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungs-gewerbe zu entnehmen: die Sonntagsausgaben sollten verboten werden! Die angerufene Hauptleitung des Zeitungsverlegervereins hielt eine schnelle Umfrage über diese Eisenbartmethode zur Milderung der Papiernot, welche tatsächlich „einen schweren Eingriff in die wirtschaftliche und geistige Struktur der deutschen Presse und eine erhebliche Schädigung der Nachrichtenverföhrung und der Interessen der Leserschaft“ bedeuten würde, und stellte deren entschiedene Ablehnung fest. Es ist aber ein starkes Stück, daß aus Zeitungsverlegerkreisen amtlichen Stellen ein solcher Vorschlag unterbreitet werden konnte. So findet der Unsinu abwechselnd fageweisen Erscheinens Vorbereitung — es gibt doch unter den Zeitungsverlegern gar zu merkwürdige Käuge!

Bei der Verbrauchsregelung für den Druck von Büchern, Sammelwerken, Einzelwerken, Jugendschriften, Musikalien, Zeitschriften und andern periodischen Druckschriften dient bis jetzt der entsprechende Zeitraum von drei Monaten in 1916 als Maßstab. Das ist eine Schlechterfestlegung gegenüber dem Zeitungsdruck, für den das Jahr 1915 in Betracht kommt bzw. ein kleiner Ausgleich noch gegenüber 1913 gewährt wird. Hier ist die Kontingentierung von einer Einschränkung zu 10 auf 30 und seit Oktober v. J. auf 45 Proz. geschrumpft. Mit 30 Proz. müßte das Höchstmaß erreicht sein. Die Rückwirkungen auf den Anzeigenteil bei den Zeitschriften und der Fachpresse wie auch sonstiger Art sind die gleich übel.

Die „Papierzeitung“ vom 10. Januar bringt eine Erklärung der Reichskommission zur Sicherstellung des Papierbedarfs, wonach „der zunehmende Kassenhandel und die zahlreichen Fälle wucherischer Preisforderung“ zur Bildung einer Preisprüfungsstelle geführt haben (Charlottenburg, Hardenbergstraße 9a). Das Kriegswucheramt soll mit der Untersuchung gemeibeter Fälle beauftragt werden. Soweit Druckschreibpapier in Betracht kommt, sind Anzeigen an die Kriegswirtschaftsstelle zu richten, über andre Papiere an die genannte neue Stelle. Es wird davor gewarnt, von Firmen Papier zu kaufen, die den Handel damit bisher nicht gewerbsmäßig betrieben haben.

Im übrigen muß es auch hier zur Festsetzung von Höchstpreisen kommen, so ungünstig die Erfahrungen im allgemeinen damit sind. Wenn satz-

nertes Papier um das Achtfache im Preise gestiegen ist, dann können die Fachzeitschriften das nicht mehr aushalten. Schreibpapier ist ein wahrer Luxusartikel geworden. Mit dem Merkantildruck ist es Maßstäb am letzten.

Die Papiernot ist in diesen zwei Artikeln nur in grohen Strichen gezeichnet worden. Das erhebt aber unzweideutig hieraus: So kann es nicht weitergehen — es muß anders werden! Die Gesellschaft im Buchdruckgewerbe erkennt die bestehenden Schwierigkeiten nach so langer Kriegsdauer an, sie weiß aber trotzdem, daß beim Zusammengehen aller Kräfte Abänderung doch möglich ist. Sie wird die Kosten sonst in beträchtlichem Maße zu fragen haben — erhebt aber nicht nur deshalb laut ihre warnende Stimme. Wird unser Gewerbe noch mehr ruiniert, hat es sehr lange Zeit am Wiederaufbau zu arbeiten. Dadurch würden unsre Feldgrauen mitgetroffen werden, die wahrlich ein andres Los nach ihrer Rückkehr verdienen als große Arbeitslosigkeit. Es werde also endlich dafür gesorgt, daß das dem Reichskanzler am 18. April v. J. erteilte Mandat wirklich zur Ausfüllung gelangt!

□ □ □ □ Wohnungsfragen □ □ □ □

Wohnungsnot und kinderreiche Familien.
Im „Korr.“ wurde namentlich während des Vorjahres schon mehrfach auf die Verbesserung der Wohnungsfrage hingewiesen. Die Förderung des Kleinwohnungs-wesens ist mit der dringendsten Forderung der Gegenwart.

Einer unserer angesehensten Großindustriellen, Friedrich v. Siemens in Berlin, ließ sich in der Zeitschrift „Die Bauwelt“ u. a. wie folgt hierzu aus: „Die Bautätigkeit, die schon in der letzten Zeit vor dem Kriege sich nicht günstig entwickelt hatte, hat seit Kriegsbeginn ganz aufgehört. Dies gilt besonders von den kleinen Wohnungen, die schon jetzt und viel mehr nach dem Krieg einer gesteigerten Nachfrage unterliegen. Die Abwanderung aus größeren in kleinere Wohnungen hat sich während des Krieges schon sehr bemerkbar gemacht, und die Nachfrage nach kleinen und kleinsten Wohnungen wird bei Friedensschluss so zunehmen, daß das Angebot den Bedürfnissen in keiner Weise wird entsprechen können. Dazu kommt, daß bei Friedensschluss die Kriegsgetrauten in großer Scharen auf den Wohnungsmarkt erscheinen werden, ebenso die Männer der Frauen, die während des Krieges ihre Wohnungen aufgeben mußten. Auslandsdeutsche, die künftig wieder in ihrer Heimat leben wollen, werden in nicht unerheblicher Zahl die Reihen der Wohnungsuchenden vermehren. Das wird zusammen eine stattliche Zahl sein, die gerade nach dem Kriege Wohnungsschau halten wird, und deren Wünsche von dem Bestehenden nicht befriedigt werden können. Und doch ist es für uns ein dringendes Gebot der Notwendigkeit, dafür zu sorgen, daß, soweit es geht, diese Bedürfnisse befriedigt werden, und daß so viel wie möglich neue Haushaltungen begründet werden, damit auch dadurch verlust wird, die Lücken, die der Krieg in die Reihen unseres Volkes geschlagen hat, so schnell als möglich auszufüllen.“

Wie die Erfahrung uns gelehrt hat, werden unter der Wohnungsnot am meisten die kinderreichen Familien zu leiden haben. Muhte doch vor einiger Zeit in Nordhausen der dortige Superintendent K. sogar folgenden Postfrei über die Wohnungsnot in der Presse ausstoben: „Mir ist Selbstame widerfahren. Ich wollte eine Wohnung mieten, die geräumiger ist als meine jetzige, und glaubte eine geeignete im Haus Osterstraße 25 gefunden zu haben. Es war ein Irrtum, denn der Hausbesitzer lebnte es ab, sie mir zu vermieten, weil ich fünf Kinder hätte und die Wohnung dadurch zu sehr abgenutzt würde.“ Der Superintendent macht dann noch darauf aufmerksam, daß von den Kindern sich zwei im Alter von fünf und acht Jahren befinden, die andern drei sind erwachsen. Und doch erblickt er die Wohnung nicht. Mit Recht ruft er deshalb aus: „Wehe dem, der das Glück hat, viele Kinder zu haben!“ Welter weiß dieser Pfarrer noch darauf hin, daß es in der Gemeinde einer Kriegerfrau mit vier Kindern ebenso erging. Segen eine solche Bestimmung, die allem christlichen, sozialen und vaterländischen Empfinden Hohn spreche, müsse nachdrücklich protestiert werden. Wenn schon ein Pfarrer derartige Klagen ausstoben muß, wie viel mehr werden die Armeen der Armen dann die Wohnungsnot zu fühlen bekommen!

Eine Anzahl von Verordnungen, namentlich solche von Generalkommandos, läßt ja die Mieter, insbesondere die Kriegerfrauen, augenblicklich etwas. Aber nach dem Kriege wird sich das Bild auch hier ändern. So erließ das Stellvertretende Generalkommando des IV. Armeekorps in Magdeburg vor dem 1. Oktober 1917 folgende Bekanntmachung: „Zwangsvollstreckungsaufträge, die die Räumung von Mietswohnungen am 1. Oktober 1917 zum Gegenstande haben, dürfen nicht durchgeführt werden, wenn der Mieter durch Vorlage einer polizeilichen Bescheinigung nachweist, daß er trotz Bemühens kein angemessenes Unterkommen gefunden hat. Zuwiderhandlungen werden, sofern die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Wegen mildernde Umstände vor, so kann

auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mk. erkannt werden.“ Diese Verordnung gewährt zwar augenblicklich den Mietern den nötigen Schutz, die herrschende Wohnungsnot wird aber namentlich in den Städten Bitterfeld, Merseburg, Wittenberg des dortigen Bezirks, in deren Nähe umfangreiche Kriegsbetriebe aufgeführt worden sind, nicht gebührend.

Auf dem Wege der privaten Wohltätigkeit scheint man ja hier und da den kinderreichen Familien insofern zur Hilfe kommen zu wollen, als man ihnen Zuschüsse zum Mieten einer größeren Wohnung gewährt. So hat u. a. die Hamburgische Gesellschaft für Wohltätigkeit einen Ausschuss eingelebt, der sich insbesondere mit dieser Frage befaßt. Nachdem die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte sowie die Kriegsblasse je eine größere Summe zur Verfügung gestellt haben, werden kinderreichen bedürftigen und während Familien, die zur Zeit mit einer zu kleinen bzw. ungelunden Wohnung vorlieb nehmen müssen, im Falle des Wechsels der Wohnung auf ein bzw. mehrere Jahre Mietszuschüsse gezahlt. Erforderlichenfalls werden hierzu auch Beihilfen zum Umzuge selbst oder zur Anschaffung und Instandsetzung von Betten gewährt. Sofern sich Hausbesitzer weigern, eine solche Familie aufzunehmen, verliert der Ausschuss vermittelnd einzugreifen. Aber auch diese Hilfe wird in einer Millionenstadt nur einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten.

Einen weiteren Vorschlag, den kinderreichen Familien zu Hilfe zu kommen, macht der Professor der Sozialpolitik an der Handelshochschule in Köln, Dr. jur. B. Schmiffmann, vordem Landesrat bei der Rheinischen Provinzialverwaltung, in einer von ihm im Verlage von F. Enke in Stuttgart erschienenen Schrift: „Reichswohnversicherung, Kinderrenten durch Ausbau der Sozialversicherung“. Verfasser macht zunächst darauf aufmerksam, daß die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse für die minderbemittelte Bevölkerung schon vor dem Krieg als eine der wichtigsten Aufgaben unserer Sozialpolitik erkannt wurde, deren Lösung von vielen Seiten und mit den verschiedensten Mitteln angestrebt worden sei. Die Lösung der Wohnungsfrage bleibe aber gerade für kinderreiche Familien besondere Schwierigkeiten, weil die der größeren Kinderzahl entsprechende Wohnung teurer sei, und der kinderreiche Familienvater den Mehraufwand an Mietzins um so weniger aufbringen kann, da er schon durch die sonstigen Leistungen für seine Kinder gegenüber kinderlosen oder kinderarmen Wohnungsmietern benachteiligt ist. Der Verfasser weist dann weiter darauf hin, wie der Krieg uns nicht nur den Wert der Volkskraft und die Gefahren des Geburtenrückganges habe erkennen lassen, sondern diese Gefahren auch selbst stark gesteigert habe, und wie besonders die infolge des Krieges eingetretene Teuerung, die voraussichtlich noch lange Zeit nach dem Krieg andauern werde, kinderfeindlich wirken müsse, weil sie sich für jede Familie mit der Zahl der Kinder vervielfache. Kintertoten, wird dann noch auf die schädlichen Folgen ungünstiger Wohnungsverhältnisse für alle Volkskraft, wie Geburtenrückgang, Säuglingssterblichkeit, Tuberkulose, Alkoholismus, körperliche Entartung und Verwahrlosung der Jugend, Heimatlosigkeit und Verflüchtigung des Familienlebens. Der Anspruch auf Hilfe aus der Not des Kinderrechtmis müsse daher als öffentliches Recht anerkannt werden, und diese Hilfe würde zweckmäßig durch Milderung der Wohnungsnot der Kinderreichen geleistet. Da nun alle Wohnungsverbesserungen, Wohnungsverordnungen, Wohnungsaufsicht und auch vermehrter Wohnungsbau so lange erfolglos bleiben würden, wie die kinderreiche Familie den größeren Raumbedarf nicht bezahlen könne, so macht Schm. den Vorschlag, hier zur Abhilfe eine sogenannte Zwangsversicherung einzuführen. Er empfiehlt die Verbindung dieser neuen Elternschafts- oder Wohnversicherung mit der bestehenden Invaliden- und Angestelltenversicherung. Die Beitragsleistung soll in ähnlicher Weise wie bei der Invalidenversicherung durch Verwendung von Marken geschehen, und zwar gleichfalls unter Beteiligung der Arbeitgeber. Außerdem soll das Reich einen Zuschuß wie bei der Invalidenversicherung leisten. Beitragspflichtig sollen danach im allgemeinen sein alle der Invaliden- oder Angestelltenversicherung unterliegenden ledigen und verheirateten Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, die nicht mehr als drei lebende Kinder haben, mit gewissen Vermögensgrenzen für verwitwete. Dagegen soll jeder Versicherte, der mehr als drei lebende Kinder im Alter bis zu 14 Jahren, bei ordnungsmäßiger Berufsausbildung auch im höheren Alter, hat, für das vierte und jedes weitere Kind eine Kinderrente erhalten, wiederum mit entsprechenden Vermögensgrenzen für verwitwete. Auf Grund von Wahrscheinlichkeitsberechnungen gelangt Verfasser zu einer überschläglichen Ermittlung derart, daß eine Beitragsleistung in der doppelten Höhe der Invalidenversicherungsbeiträge voraussichtlich etwa 500 Mill. Mk. jährlich aufbringen und die Auszahlung von Kinderrenten von etwa 10 Mrd. monatlich für das vierte und jedes weitere Kind ermöglichen würde. Bezüglich der Verwendung der Rente wird vorgeschlagen, sie in erster Linie dem Versicherten bar auszuzahlen, ihre bestimmungsgemäße Verwendung aber durch die Wohnungsaufsicht zu kontrollieren und sie bei mißbräuchlicher Verwendung eventuell unmittelbar an den Vermieter abzuführen. In geeigneten Fällen soll auch die Kapitalabfindung bei der Kleinwohnung zulässig sein. Zur Durchführung dieser neuen Ausgaben wird dann noch eine großzügige Wohnungsfürsorgeorganisation vorgeschlagen, und zwar in Abhängigkeit von der Invalidenversicherung. Hierzu gehören Wohnungsämter in Anlehnung an die Versicherungsämter, Landeswohnungsämter in Anlehnung an die Landesversicherungsanstalten und endlich ein Reichswohnungsamt als Sammel- und Mittelpunkt für alle Wohnungsverbesserungen beim Reichsversicherungsamt.

Ob die Vorklänge von Schm. jemals durchgeführt werden, steht gewiß dahin. Auf alle Fälle regen aber seine gefalteten Darlegungen zum Nachdenken an; auch geht aus ihnen hervor, daß die Wohnfrage heute mehr denn je als eine Wohnfrage zu betrachten ist. Was nützen alle Wohnungsbestrebungen, wenn der Familienvater die Miete für eine gesunde, geräumige Wohnung nicht aufbringen kann? Die Wohnungsmieten sind jetzt schon im Steigen begriffen, nach dem Kriege wird die Steigerung zweifellos anhalten. Wie soll da namentlich der kinderreiche Familienvater neben der voraussichtlich lange anhaltenden Verteuerung der Lebensmittel usw. die hohen Mieten aufbringen? Staat und Gesellschaft sind hier verpflichtet, helfend einzugreifen. Was von Hamburg und andern Städten heute schon auf dem Wege der Wohltätigkeit geschieht, ist ganz und gar ungenügend. Mögen deshalb die Vorschläge von Schm. dazu führen, daß auf dem Wege der Reichswohnversicherung zum Wohle der Gesamtheit bald bessere Wohnungsverhältnisse herbeigeführt werden!

Krieg, Kranke und Wohnungsreform.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin hat auch in den Jahren 1915 und 1916 die Wohnungsuntersuchungen, wie sie früher dort von der Kaufmännischen Kasse vorgenommen worden sind, fortgesetzt.

Aus dem von dem Direktor A. Kohn bearbeiteten umfangreichen Bericht entnehmen wir u. a. folgendes: Die Krankenbesucher und -besucherinnen prägten 18753 im Jahre 1915 und 21453 Aufenthaltsräume erwerbsunfähig erkrankter Mitglieder der genannten Kasse in 1916. Bereits in den ersten Berichten sind 12,18 qm Bodenfläche für die Vergleiche zugrunde gelegt worden als geringstes Maß, das bei den meisten gemeinnützigen Baugesellschaften für kleine Stuben und Kammern als zulässig gilt. Es ergab sich nun aber, daß 1264 in 1915 und 1332 Kranke in 1916 in Räumen angetroffen wurden, bei welchen die Bodenfläche höchstens 10 qm beträgt. Weiter ergab sich noch, daß 1915 565 und 1916 526 Kranke einen solchen kleinen Raum noch nicht einmal ihr eigen nennen konnten, sondern ihn mit andern Personen teilen mußten, und zwar mit einer, zwei, ja bis zu sieben Personen. In noch krasserer Gestalt zeigte sich das größtmögliche Wohnungselen, wenn man bedenkt, daß 1915 sogar 119 und 1916 noch 82 Kranke in Räumen angetroffen wurden, die höchstens 6 qm Bodenfläche hatten.

Was den Flächeninhalt der Schlafräume anbelangt, so würden, gemessen an einer Forderung von 20 bis 25 qm für solche Räume, mindestens von den nachgeprüften ungenügend sein: 11010 in 1915 und 12245 in 1916. Nach der Berliner Baupolizeiverordnung sind als Mindesthöhe 2,80 m für alle zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmten Räume vorgeschrieben. Sinter dieser Mindestforderung aber blieben 4561 bzw. 5131 Aufenthaltsräume zurück, ja, es wurde weiter festgestellt, daß 1081 bzw. 1064 Personen in Räumen untergebracht waren, die nicht einmal die Höhe von 2,50 m erreichten.

Dann wurden 1915 noch 44 und 1916 38 Personen angetroffen, die in älteren Häusern über dem Torweg einen Aufenthaltsraum ihr eigen nennen mußten, der nur eine Höhe von 1,95 m bis herab zu 1,60 m hatte. Und dabei wollte man bedenken, daß das alles Krankensachen waren, die in diesen unzureichenden engen, dabei vielfach noch feuchten, nicht genügend hellen, vereinzelt sogar dunklen Räumen sich aufhalten mußten. Wurden doch 1915 sogar 48 und 1916 42 Räume festgestellt, wo höchstens 5 cbm auf eine Person entfielen, darunter befanden sich 7 bzw. 14 Lungenerkrankende und 6 bzw. 1 mit sonstigen Infektionskrankheiten befallene Personen.

In solchen Verhältnissen bilden sich die Seuchenherde, nicht nur der Tuberkulose, und hier muß, wie der Verfasser mit Recht erwähnt, der Sebel kräftig angelegt werden, um zu besseren Wohnverhältnissen zu gelangen. Ist es nicht grauenvoll, aus dem Bericht erleben zu müssen, daß im Jahre 1916 über 4000 an Lungenerkrankenden oder sonstigen Infektions- und parasitären Krankheiten leidenden Personen angetroffen wurden, die mit Familienmitgliedern in einem Räume nächsten mußten?

Weiter wird noch auf das Schlafstellenwesen oder besser gesagt -unwesen eingegangen und dabei sogar Räume festgestellt, in denen Kranke keinerlei Sitzgelegenheit hatten, ebenso wurden Räume angetroffen, die ihre Wärme durch Kochmaschinen bzw. Kochöfen erhielten usw.

Alles in allem ein trübseliges Bild größtmöglicher Wohnungsnot, dem nur durch eine baldige, gründliche Wohnungsreform abgeholfen werden kann.

M. Gildenberg.

Volkswirtschaft

Diehebung der deutschen Währung.

In Nr. 114 v. J. wurden an dieser Stelle Ausführungen gemacht über die Bedeutung der Valuta im Auslandsverkehr und für den inländischen Warenpreis. Die Raumerparnis zwingt uns, es bei diesem blanken Sinne zu bewenden zu lassen.

Am 4. und 5. September v. J. war in der Schweiz der Markkurs von 65 auf 69,50 Fr. gestiegen. An der Stockholmer Börse ging er am 9. November von 33 auf 54 hinauf, um bei 45 bei Börsenschluß stehen zu bleiben. Bedenkt man, daß der Markwert von 69 in der Friedenszeit bis auf 33 in Schweden herabgesunken war — der Rubel und die österreichische Krone haben einen noch

größeren Rückgang aufzuweisen gehabt —, so sind die Steigerungen um 63 bzw. 33 Proz. an einem Tage ganz außerordentliche Ereignisse. In der Geschichte der Valutaliquidationen soll dies ein einzig dastehender Fall gewesen sein.

Die Selbstverständliche Begleitscheinung der höheren Bewertung unserer Währung ist eine Verschlechterung des ausländischen Geldes in Deutschland. Nach den Berliner Notierungen repräsentierten am Jahreschlusse 1917 je 100 deutsche Kronen einen Wert von 165 Mk., gegen 230,50 Mk. im Oktober 1917 und etwa 112,50 Mk. in Friedenszeit; holländische Gulden 222,25 Mk., gegen 315,26 bzw. 168 Mk.; schweizerische Franken 119,75 Mk., gegen 157,50 bzw. 81 Mk. Ähnliches Geld war also gegen den Friedenskurs bis Oktober 1917 um 104,9 Proz. gestiegen, am Jahreschlusse belief sich die Erhöhung nur noch auf 46,7 Proz. Der holländische Gulden gewann bis Oktober v. J. um 87,6 Proz., am Jahreschlusse waren es nur noch 32,3 Proz. Die Schweiz sah ihre Valuta bis Oktober um 90,4 Proz. sich bessern, Ende 1917 handelte sie jedoch nur um 47,8 Proz. über dem Friedenskurs. Mit Ausnahme des holländischen Gulden zeigten die beiden andern Währungen aber doch noch ein geringes Plus gegen Ende 1916. Deutschland kann also in ganz erfreulicher Weise seine Geldwährung gebessert haben.

Die Annahme, daß die mit Rußland begonnenen Friedensverhandlungen resp. im November die italienische Niederlage die beträchtliche Verbesserung der deutschen Valuta bewerkstelligt haben, ist zum Teil berechtigt. Es hat aber auch der Umstand Anspruch auf Geltung, daß die Spekulation unsere Reichsmark weit über die durch die Kriegsverhältnisse für Deutschland geschaffene wirtschaftliche Lage entwertet hatte. Ereignisse wie die erwähnten fördern jedoch wesentlich den Umschwung. In der Ernährungswirtschaft zeigt sich beim Schleichhandel die nämliche Erscheinung, die nur mit größerer Vorsicht aufgenommen werden muß. Hoffentlich kommt es nicht wieder zu Rückschlägen, möge sich lieber die Besserung der Valuta langamer vollziehen.

Korrespondenzen

Hamburg. Am 14. Januar begeht unser Kollege Wilhelm Lachner sein 50jähriges Berufsjubiläum. Lachner, ein geborener Hamburger, bekleidete im hiesigen Buchdruckerverein die verschiedensten Vorstandämter und zeigte stets regste Anteilnahme für die Interessen der GesamtKollegenchaft. Möge ihm dernebst ein sorgenloser Lebensabend beschieden sein!

Köln a. Rh. Mit 4 Eisernen Kreuzen I. Klasse und 57 solchen II. Klasse wurde ein Teil des im Felde stehenden Personals der Firma S. W. Bachem (Kölnische Volkszeitung) bis jetzt ausgezeichnet. Jeder Inhaber des Eisernen Kreuzes I. Klasse erhielt eine Zuwendung von 50 Mk., diejenigen der II. Klasse 100 Mk. In die Familien der eingezogenen Leute gab die Firma Unterstützungen in Höhe der städtischen Unterhaltungsätze. Das technische Personal brachte außerdem seit Kriegsbeginn durch wöchentliche freiwillige Sammlungen etwa 20000 Mk. für Familienunterstützungen auf.

Stade. In der am 6. Januar abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins erstattete Vorsitzender Wilhelm den Jahresbericht, woraus zu entnehmen war, daß sich das Vereinsleben im verflochtenen Jahre zufriedenstellend gestaltete. Die Feuerungsanlagen gelangen glatt zur Einführung; auch wurden den Lehrlingen und Hilfsarbeitern Anfang Dezember Feuerungsanlagen gewährt. An die Familien der selbigen Kollegen gelangten im verflochtenen Jahre 75 Mk. zur Auszahlung, so daß die gesamte Kriegsunterstützung aus der Ortskasse die Höhe von rund 660 Mk. erreichte. In den Vorstand wurden die selbst amtierenden Kollegen wieder gewählt.

Rundschau

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eiserne Kreuz: Erik Wape (Malm), Max Heims, Otto Kolbe und Heinrich Rinne (Braunschweig), Robert Heinrichs, Friedrich Benkler und Martin Feih (Dorimund), Georg Kampel (Gruhr), Artur Dröfke, Georg Effenberg, Karl Klags, Wilhelm Kleffel, Konrad Kunze, Walter Schäffer und Wilhelm Sturm (Kassel), Karl Graf, Anton Künzen, Heinrich Karst, F. Kufenheuler, Jakob Kuz und Alois Schäfer (Köln), Max Berger, Alfred Cander und Walter Thieme (Leipzig), Paul Urban (Mendenwerder), Paul Weidlich (Neukölln), Karl Oth (Rothenburg v. L.), Heinrich Fickert (Stade) und Lorenz Schmid (Alm). Damit haben bis jetzt 4910 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Nachahmenswerte Beispiele. Anlässlich des vor 25 Jahren erfolgten Eintritts des verstorbenen Kommerzienrats Bernhard Meyer in Leipzig in die Firma erhielt das gesamte Geschäftspersonal (auch die im Felde stehenden sowie die Angehörigen der zur Zeit vermissten Mitarbeiter) gelegentlich einer von dem Erben veranstalteten Gedächtnisfeier am 2. Januar neben dem eingetragenen Bildnisse des Verstorbenen ein Kuvert mit sehr namhafter Geldsumme, deren Höhe sich nach der Tätigkeit im Geschäft und der Höhe des Gehalts des einzelnen richtete. Außerdem stellte der Generalbevollmächtigte der Firma

namens der Erben die Stiftung eines Fonds in Aussicht, der alljährlich durch größere Zuweisungen gespeist und dessen Zinsen für unentgeltliche in Not geratene Mitarbeiter verwendet werden sollen. In Weimarn wurde dem gesamten Personal neben den tariflichen Steuerzulagen der doppelte Wochenlohn gezahlt. — Die Firma Wilhelm R. Saling & Co. (Inhaber Richard Saling) in Berlin ließ anlässlich des Weihnachtsfestes auch diesmal ihrem Personal, je nach der Geschäftsangehörigkeit, sowie den Angehörigen der Kriegsteilnehmer ein ansehnliches Geldgeschenk überweisen.

Buchdrucker im Gerichtsdiens. Als Hilfschöffe für das Jahr 1918 wurde Kollege Heinrich Dose in Kiel ausgesucht.

Sparzwang zugunsten des Arbeitgebers. Ein von einem Buchdruckereibesitzer zu seinen Gunsten angewandtes Sparzwangssystem erklärte das Gewerbeamt Duisburg in einer solchen amtlich veröffentlichten Entscheidung für unzulässig. Der Kläger in dem betreffenden Prozesse war vier Jahre als Lehrling und dann noch einige Zeit als Gehilfe tätig. In den letzten dreierlei Jahre waren ihm vom Wochenlohn 1,50 Mk. zurückbehalten worden, die er erst nach fünfjähriger Tätigkeit ausbezahlt erhalten sollte. Im Falle eines früheren Verlassens der Stellung sollte der angekaufte Betrag als zugunsten des Arbeitgebers verfallen gelten. Der Kläger klagt mit Erfolg diesen Betrag an und erreichte die Beurteilung des Beklagten zur Auszahlung der 63 Mk. Spargelder. Die Abrede, so heißt es in der Begründung, verstoße gegen §§ 115 und 117 der Gewerbeordnung. Der Sparzwang liege hier augenscheinlich weniger dazu bestimmt, die Lage des Gehilfen zu verbessern, als die Arbeitskraft möglichst lange an den Betrieb zu fesseln. Der drohende Verlust der Spareinlagen im Falle vorzeitiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses soll den Gehilfen veranlassen, mindestens fünf Jahre zu bleiben. Die Wohlthat des Sparens tritt gegenüber diesem Zwange völlig in den Hintergrund und der Sparer gerät dadurch in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Arbeitgeber. Auch die Vermögensfreiheit wird dadurch in unzulässiger Weise beeinträchtigt. Die Vereinbarung könne darum nicht als rechtmäßig angesehen werden.

Mißbrauch mit Lebensmittelmärkten. Ein in einer Münchener Buchdruckerei beschäftigter Maschinenmeister entwendete im August etwa 150 Stück Lebensmittelmärkte, die er seiner Frau übergab. In der kürzlich angestandenen Gerichtsverhandlung gab der Angeklagte an, die Märkte hätten keine Gültigkeit gehabt, es seien sogenannte Fehldruckbogen gewesen, die man als Makulaturpapier bezeichnen; er habe dabei in diese Bogen seine schmutzige Kleidung eingewickelt, die er seiner Ehefrau zur Reinigung überbracht habe. Die Frau habe dann ohne sein Wissen die noch verwendbar gemachten Marken herausgeschliffen und verbraucht. Das Schöffengericht hatte kein Verständnis für dieses Einwickelpapier und verurteilte den Angeklagten und seine Frau zu je zwei Tagen Gefängnis.

25jähriges Bestehen des Verbandes der Maschinenisten und Setzer. In die Reihe der Gewerkschaften, die auf ein Vierteljahrhundert agitatorischer und organisatorischer Wirkamkeit zurückblicken können, trat mit dem 1. Januar d. J. auch der Verband der Setzer und Maschinenisten ein. Mit der starken Entwicklung der Industrie hat sich dieser Beruf eigentümlich erst als besonders handwerksmäßig erlernte Berufsgruppe entwickelt, während nördem Monteur oder besonders qualifizierter Handwerker die Kesselanlagen bedienten. Als durch Gesetz vom Jahre 1872 der Betriebsunternehmer oder dessen Stellvertreter sowie die zur Kesselwartung bestellten Arbeiter für den Dampfesselbetrieb die Verantwortung übernehmen mußten und die Dampfessel der staatischen Revision unterstellt wurden, war die berufsmäßige Erziehung als Maschinenist und Setzer besonders erforderlich. Die Erkenntnis, nur auf dem Wege des Zusammenflusses eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen zu können, ließ auch unter den Maschinenisten und Setzern den Organi-

lationsgedanken bald aufkommen. Im November 1892 tagten in Berlin die Delegierten der verschiedenen Lokalkomitees, um einen Verband zu gründen. Mit dem 1. Januar 1893 trat diese zentrale Organisation ins Leben. Da die technische Ausbildung der Berufsgenossen naturgemäß eine große Rolle spielte, so wurde schon frühzeitig die Gründung einer fachtechnischen Zeitschrift vorgenommen. Diese erschien vom 1. Oktober 1895 ab; sie hat in ihrer reichhaltigen Ausstattung bis auf den heutigen Tag sicher sehr viel zur technischen Fortbildung der Berufsgenossen geleistet. Die Entwicklung des Verbandes ging mit schönen Schritten vorwärts. Bei der Gründung 1200 Mitglieder, zählte er vor dem Kriege 26267 Mitglieder. Der Krieg dezimiert auch die Reihen seiner Mitglieder. Doch ist mit dem Jahre 1916 der Tiefstand in der Werbeständigkeit der Organisation überschritten, während die Finanzlage eine stetig bessere wurde. Der Verband hat durch eine gut ausgebauten Interferenzstellen für den Schutz seiner Mitglieder bei wirtschaftlichen Notfällen gesorgt, wie er denn auch im besondern durch zahlreiche geführte Lohn- und Arbeitsbedingungen für seine Mitglieder erwirkt hat. Nicht minder erfolgreich waren seine Bemühungen für einen besseren gesetzlichen Arbeiterschutz, der in diesem Beruf eine besondere Wichtigkeit hat, aber auch viel zu wünschen übrig ließ. Dazu kam, daß in den meisten Betrieben bei einem bescheiden bemessenen Wochenlohn die Arbeitszeit eine fast unbeschränkte war; auch an Sonn- und Feiertagen war der Setzer und Maschinenist infolge seiner „Vertrauensstellung“ meist zur Arbeit verpflichtet. Während der Zeit ihres Bestehens hat die Organisation der Maschinenisten und Setzer auf allen Gebieten manche Kulturarbeit geleistet. Nicht geringen Anteil an dieser mühevollen gewerkschaftlichen Arbeit hat der zuerst als unbedeutender Vorläufer, später als beständiger Vorherrschender und Redakteur und jetzt nur als Redakteur des Verbandsorgans und der fachtechnischen Zeitschrift tätige Karl Kirchnich, der dem Verbands 25 Jahre in Treue dient.

Jubiläum des Steinleherverbandes. Die „Allgemeine Steinleherzeitung“ konnte am 5. Januar auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Mit Gedicht und zäher Ausdauer hat das Organ des Verbandes der Steinleher, Pfalzer und Berufsgenossen die Organisation aufbauen und stetigen helfen und ihr, auch bei den Arbeitgebern Achtung zu verschaffen gebüht.

Gewerkschaftliches Friedensprogramm. Das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes hat dem Schweizer Bundesrat eine Eingabe überreicht, in der die auf der Berner Konferenz vereinbarten, von uns seiner Zeit eingehend umschriebenen internationalen Gewerkschaftsforderungen für den Friedensschluß unterbreitet und zur weitgehenden Erwägung empfohlen werden.

Das verpackte Papierhemd. Eine niedliche Geschichte macht — wie der vorliegende „Anzeiger“ schreibt — im Städtchen Wittenberg (Regierungsbezirk Merseburg) die Runde. Ob sie sich ganz aufgetragen hat, dafür möchte ich mir uns nicht verbürgen. Erzählt wird sie folgendermaßen: Der Mann — sagen wir, er hieß Meier — ist auf Urlaub dabei und ein wenig über Land gegangen. Am Nachmittag kommt er heim, von den hungrigen Kindern mit Freuden begrüßt. Mutter sei auf Arbeit gegangen, das Essen habe sie warm gestellt. Vater sieht nach: Da steht auf der Stube eine wohnlichwärme Schüssel mit einem grau und etwas fremdartig aussehenden Brei. „Nun“, denkt der Mann, „was mag Mutter da für ein Kriegsgesicht gekocht haben!“ Inverwöhnt, wie sie jetzt alle sind, gehen sie hoffnungsvoll ans Werk. — „Kopfschütteln!“ — „Das schmeckt aber mal nach Jarnisch!“ sagt Vater. „Kinder, host mal 's Salz!“ „Na, nun geht es so einigermäßen!“ Die Hungrigen essen die Schüssel leer und stellen sie, zwar ein bißchen unbedrückt, aber doch gelächelt, beiseite. Bald kommt auch die Mutter heim. „Na, hat's geschmeckt?“ ist die erste Frage. „Sm!“ ist die einzige Antwort. Da schreit auch schon die Frau: „Aber da steht ja noch 's ganze Essen im Ofen — und

wo — wo ist denn das eingewickelte Hemd, das ich waschen wollte? Mann! Achtehn Mark hat's gekost — das wärd doch kee Papierhemde gewesen sei — un ihr hab't's aufgefressen!“

Gestorben.

In Mache am 27. Dezember der langjährige Bezirksvorsitzende Andreas Wilms, 56 Jahre alt — Begräbnis.
In Augsburg am 3. Januar der Geheerwalde Karl Neff von 66 Jahre alt — Begräbnis.
In Bamberg am 16. Dezember der Seher Erhard Mühlisch, 50 Jahre alt.
In Berlin am 27. November der Seher Hermann Geisner aus Merseburg, 39 Jahre alt — Rippenfellentzündung; am 25. November der Seher Emil Kirsch aus Zbunn, 43 Jahre alt — Angina pectoris; am 3. Dezember der Seher Otto Küster aus Berlin, 40 Jahre alt — Lungentuberkulose; am 4. Dezember der Seher Wilhelm Grundmann aus Berlin, 36 Jahre alt — Lungentuberkulose; am 9. Dezember der Seher Bernhard Judowitsch aus Berlin, 28 Jahre alt — Nierenarteriosklerose; an demselben Tage der Geheerwalde Hermann Kopp, 71 Jahre alt — Schlaganfall; am 11. Dezember der Drucker Reinhold Schöfke aus Berlin, 26 Jahre alt — Schlaganfall.
In Barmen am 21. Dezember der Korrektor Robert Kühner, 62 Jahre alt.
In Burg bei der Korrektorinvalide Oskar Charadi aus Appiba, 39 Jahre alt — Lungentuberkulose.
In Dresden am 15. Dezember der Druckerinvalide Julius Menzel, 68 Jahre alt — Blasenleiden; am 17. Dezember der Geschäftsführer Emil Pils, 54 Jahre alt — Lungenleiden.

Briefkasten.

A. G. in B.: Draußen lassen! — A. A. in Plauen: 1,85 Mk

Verbandsnachrichten
Verbandsbüro: Berlin SW 29, Chamißplatz 511.
Fernsprecher: Amt Kurier, Nr. 1191.

Koblenz. Der Drucker Jean Seiger (Hausbuchnummer 25912), geb. in Koblenz am 15. Mai 1868, wird aufgefordert, seine Adresse dem Koblenzer Vorstande mitzuteilen. Die Funktionäre werden ersucht, eventuelle Mitteilungen über den Aufenthalt des G. dem Kollegen Wilhelm Jib, Römerstraße 134 I, zu machen.

Adressenveränderungen.

Gotha. (Bezirh.) Kaffierer: R. Berner, Meißer Straße 7.
Marienwerder. Vorherrschender: Max Kohn, Schmiedestraße 6;
Kaffierer: Stanislaus Czeulka, Antbergstraße 14 I.

Sie Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse):
Im Gau Berlin die Seher 1. Otto Barkowski, geb. in Gndap 1891, ausgl. bei 1909; 2. Dwo Epef, geb. in Warchau 1885, ausgl. in Wlina 1902; 3. Walter Schulz, geb. in Berlin 1899, ausgl. bei 1917; 4. Karl Simon, geb. in Brandenburg a. d. S. 1888, ausgl. bei 1906; in Berlin 1912; 5. Paul Seiffert, geb. in Berlin 1897, ausgl. in Berlin 1917; 6. der Schweizer Seher Wilhelm Gaida, geb. in Grösch (Wetzlar) 1898, ausgl. bei 1917; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 8. Reinhold Birkh. geb. in Drogen 1897, ausgl. in Weiden (O.-S.) 1915; 9. Otto Güntz, geb. in Neubrandenburg 1896, ausgl. in Greifich 1914; die Drucker 10. Franz Engler, geb. in Marienwerder 1885, ausgl. bei 1884; 11. Joseph Grünbaum, geb. in Lodz 1897, ausgl. bei 1914; 12. Jaak Roffenber, geb. in Lodz 1897, ausgl. bei 1916; 13. Jaak Rodawski, geb. in Lodz 1889, ausgl. bei 1907; waren schon Mitglieder. — A. Massini in Berlin SO 16, Angelufer 14/15 I.

Verammlungskalender.

Esart. Verammlung Sonntag, den 13. Januar, vormittags 11 Uhr, im „Voll“.
Sitzberg i. Schl. Generalversammlung Sonntag, den 13. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Goldenen Schwert“, Markt.
Plauen i. V. Generalversammlung Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Schillerpark“, Paulker Straße.
Stettin. Nächste ordentliche Verammlung Montag, den 14. Januar, abends 6 1/2 Uhr, im Sängersaal des Gewerkschaftshaus.
Wiesbaden. Verammlung heute Sonnabend, den 12. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Sür sofort, eventuell später
tüchtiger Korrektor [78]
für täglich erscheinende Zeitung und Absatz in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit Angabe bisheriger Wirksamkeit und Gehaltsforderung erbeten an
Sagonia-Druckerei, Magdeburg.

tüchtiger
Anzeigen- und Akzidenzsetzer [77]
sofort gesucht.
Buchdruckerei Gutenberg Hugo Eitelberg, G. m. b. H., Düsseldorf, Kreuzstraße 54a.

Schrißfeger
und
Maschinenmeister [21]
sofort gesucht.
Wegger & Wittig, Leipzig, Rohe Straße 1.

Seher und Drucker [80]
für längere Zeit gesucht.
Julius Brandtsetzer, Leipzig, Querstraße 13.

Ein erfahrener
Maschinenmeister
gesehenen Wesens, der Erfahrung im Kofalkon- und Flachdruck sowie Elektrotypie hat und dem Personal mit Zahl vorkommen kann, wird zum baldigen Antritt gesucht. Die Stellung ist dauernd und sehr löhlich.
Dito Hilmann, Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung, Siegmund-Chemnitz, [72]

Maschinenmeister
mit Anlageapparat verkauft, für Wapdruck ver- [52]
läng [52]
K. S. Hermann, Berlin SW 19, Beuthstraße 8.

Maschinenmeister [79]
für Qualitätsdruck gesucht von
W. Bügenstein, Druckerei und Deutscher Verlag
G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstr. 240/241.

Schweizerdegen
für sofort gesucht. Offerten mit Lohnanprüchen an
Deutscher Kommunalverlag G. m. b. H.,
Berlin-Friedenau, Südfriedrichstr. 5.

tüchtige Schrißfegerin
sucht für besriedigende dauernde Beschäftigung.
75) Schrißfegerin Glinisch, Frankfurt a. M.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Auskünfte durch die
Kunstgewerbeschule **Barmen.**

Zurichtemeister und Scheren
Nähen und Pinzetten sowie alle Werkzeuge für
Seher und Drucker empfindlich
A. Sieg, Leipzig-A., Villenstraße 17 B.
Katalog unentgeltlich und frei.

In dem Weltkrieg sie unser liebes
Mitglied, der Seher [69]
Sugo Schaller
aus Saalfeld.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Der Bezirksverein Kassel,
Kasseler „Typographia“.

Als weitere Verdienste in diesem Weltkrieg
haben wir im letzten Vierteljahr 1917 wieder
zwei brave Mitglieder zu beklagen, und
zwar den Maschinenmeister [70]

Albert Röner
aus Gimmelfe und den Seher
Erich Ulrich
aus Braunschweig.
Ferner verstor hier kurz nach seiner
Zureise am 10. Dezember der Seher

Mwin Baginski
aus Berlin.
Ein ehrendes Andenken werden ihnen
bewahren
Bezirksverein Braunschweig,
Maschinenmeisterverein Braunschweig.

Am 30. Dezember verstarb nach längerer,
schmerzkranker Krankheit unser langjähriges Mit-
glied, der Korrektor [73]

Stephan Ruffor
aus Würzburg, im Alter von 54 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedschaft Würzburg.

Am 30. Dezember fiel auf dem Schlachtfeld
unser lieber Kollege [74]

Richard Seidler
aus Plauen.
Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Plauen i. V.

Am 6. Januar verstarb unser lieber
Kollege, der Seherinvalide [76]